

Der prozentuale Anteil der freien Träger wird tatsächlich sinken, aber der faktische, der absolute Eurobetrag, steigt bei den allermeisten. Das ist jetzt schon absehbar, und das hören Sie auch; Sie wollen es zwar nicht hören, aber es wird Ihnen ständig gesagt. Die Träger warnen seit viereinhalb Monaten, dass sie die Trägerschaft der Kitas an die Kommunen werden abgeben müssen, wenn sich daran nichts ändert.

(Beifall von der SPD)

Deswegen macht es auch einen Unterschied, ob diese Beschäftigungsverhältnisse in der PIA mit 8.000 Euro oder mit 10.000 Euro gefördert werden. Das ist für den einen oder anderen Träger vielleicht die entscheidende kleine, bescheidene Summe, die ihm hilft, doch weiterzumachen.

Die CDU/FDP-Regierung geht all diese Fragen, wie wir meinen, nicht an. Sie verstecken sich immer wieder aufs Neue hinter der aufgeschobenen Reform des Kinderbildungsgesetzes. Sie wollen das nicht wirklich angehen. Dabei könnten Sie sowohl dem Fachkräftemangel schnellstmöglich entgegenwirken wie auch das grundsätzliche Problem des KiBiz lösen. Sie haben jetzt die besten Voraussetzungen.

Schwarz-Gelb will das Bundesgeld jedoch letztlich nur dazu nutzen, Finanzlöcher zu stopfen. Eigenes Geld für Kindertagesstätten und die frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalen wird nicht angepackt.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Das hat der Finanzminister heute Morgen selber gesagt. Er gesagt, dass er eingestehen müsse, dass er bestimmte Summen – im ersten Jahr waren es, meine ich, 107 Millionen Euro – noch in den Haushalt nachtragen muss. Ich glaube, Herr Hafke, Sie wissen selbst, dass Sie hier nicht wirklich etwas anpacken.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Sie nutzen ordentliche Rahmenbedingungen, aber Sie nutzen sie nicht zu einer wirklichen Reform.

Bevor Sie die Zwischenfrage stellen, sage ich es Ihnen selbst: Sie von den regierungstragenden Fraktionen werden bestimmt darauf hinweisen, dass unter Rot-Grün Zeit gewesen sei, die Rahmenbedingungen zu verändern.

(Marcel Hafke [FDP]: Sieben Jahre! – Weitere Zurufe von der CDU und der SPD)

Ja, wir haben in den sieben Jahren nicht alles geschafft, völlig richtig. Wir wären auch gerne weiter in der Regierung geblieben. Aber Sie wollten Regierung werden, und was Sie heute liefern, ist ein Zeichen dafür, dass Sie zwar die Regierung und die Ämter wollten, aber nicht die Arbeit und die Verantwortung, die damit verbunden sind.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben deutlichen Rückenwind aus Berlin. Sie nutzen ihn nicht, und Sie nutzen ihn schon gar nicht im Sinne der Familien in Nordrhein-Westfalen.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin, Sie haben völlig zu Recht erkannt, dass es den Wunsch nach einer Zwischenfrage gibt, und zwar vom Kollegen Höne. Es steht Ihnen frei, diese zuzulassen.

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Bitte.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte sehr, Herr Kollege Höne.

**Henning Höne (FDP):** Vielen Dank, Frau Kollegin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Im alten KiBiz war gesetzlich vorgesehen, dass 2011 eine Evaluation des KiBiz vorzunehmen ist. Nun waren Sie in der letzten Legislaturperiode noch nicht Mitglied dieses Hohen Hauses. Haben Sie denn Ihre Kolleginnen und Kollegen, die in der letzten Legislaturperiode dabei waren, einmal gefragt, warum die gesetzlich vorgeschriebene Evaluation von 2011 bis 2017 ignoriert wurde? Das würde mich doch sehr interessieren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf: Gesetze gebrochen!)

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Wissen Sie, Herr Höne, als ich mich für ein Mandat im Landtag beworben habe, habe ich das getan, um Politik für die Zukunft zu gestalten,

(Lachen von der CDU und der FDP)

und nicht, um mich mit der Vergangenheit zu beschäftigen. Ich kann Ihnen nur raten: Handeln Sie nach dem alten Motto der Lateiner „Hic Rhodus, hic salta“. Es ist Ihre Regierung, packen Sie es jetzt an und schauen Sie nicht ständig in die Vergangenheit!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zurufe)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dos Santos Herrmann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter **Kamieth** das Wort.

**Jens Kamieth (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich Ihren Antrag gelesen habe, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, sind mir spontan drei Dinge durch den Kopf gegangen.

Erstens. Es ist und bleibt wahr: Sozialdemokraten können nicht mit Geld umgehen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Lachen von der SPD)

Zweitens. Es ist und bleibt wahr: Sozialdemokraten haben zwei linke Hände, wenn es um Familienpolitik geht.

(Beifall von der CDU)

Drittens. Es ist und bleibt wahr: Sozialdemokraten müssen zum Jagen getragen werden.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Ich lasse mich nicht zum Jagen tragen!)

Lassen Sie mich mit dem letzten Punkt beginnen.

(Zuruf von der SPD: Bitte keine Diskussion zum Jagdgesetz! – Michael Hübner [SPD]: Was ist denn mit dem Jagdgesetz? – Weitere Zurufe)

– Ich deute Ihre Aufregung einmal als Zustimmung.

Die Überschrift Ihres Antrages lautet: „Die Steilvorlage aus Berlin nutzen – KiBiz in NRW grundlegend reformieren“.

(Beifall von der SPD)

Für mich bedeutet das schlicht und ergreifend, dass Sie in NRW sieben Jahre lang die Probleme frühkindlicher Bildung verwaltet und ausgesessen haben.

(Zuruf von der SPD: Ah!)

Und jetzt in der Opposition bedarf es offensichtlich auch noch eines Weckrufes aus Berlin, um Sie sprichwörtlich hinter dem Ofen hervorzulocken.

(Widerspruch von der SPD)

Das erstaunt in diesem Hause weder mich noch die regierungstragenden Fraktionen und – wenn Sie ehrlich sind – vielleicht noch nicht einmal Sie selbst.

(Zuruf von der SPD)

Die Konsequenzen Ihrer Untätigkeit waren deswegen aber nicht weniger verheerend. Lassen Sie es mich ganz offen sagen: Wir kamen im Mai 2017 aus einem Tal der Tränen.

(Lachen und Widerspruch von der SPD)

Das System der Kindertagesbetreuung war chronisch unterfinanziert. Was hatte das für Auswirkungen?

(Zurufe von der SPD)

Erstens standen gerade kleinere Kitaträger und Elterninitiativen vor dem Aus. Zweitens: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kitas und auch die Kindertagespflegepersonen

(Zuruf von der SPD: ... laufen Sturm gegen Sie!)

waren durch Ihre Politik des Wegschauens und Kaputtsparens an der absoluten Belastungsgrenze angekommen. Die dritte Auswirkung waren Eltern, die vor verschlossenen Türen standen, weil sie keinen passenden Betreuungsplatz für ihre Kinder fanden.

Die vierte Auswirkung ist in meinen Augen ganz besonders dramatisch: die Gefährdung der frühkindlichen Bildung. – Das und nichts anderes, meine Damen und Herren von Rot und Grün, ist Ihre bittere Bilanz.

(Beifall von der CDU)

Wir haben zu wenig Geld und dadurch überbelastetes Personal sowie verzweifelte Eltern. Frau Dos Santos-Herrmann hat eben im Grunde genommen noch einmal den Beleg gebracht. Es wurde so viel über Beiträge geredet. Sie haben gar keinen Blick mehr für die Gefährdung der Kinder und die Qualität frühkindlicher Bildung. Da drängt sich mir und auch anderen Menschen in diesem Land schon die Frage auf, wie Sie dabei wohl das Kindeswohl im Blick behalten wollen.

Gott sei Dank kam im Mai 2017 der Wechsel. CDU und FDP haben die Regierung in Nordrhein-Westfalen übernommen. Damit kam es nach sieben Jahren Stillstand zu einem Kurswechsel durch die NRW-Koalition und die neue Landesregierung. Mit Dr. Joachim Stamp steht seither ein Mann an der Spitze des Familienministeriums, der das Ruder herumgerissen hat.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD – Zuruf von der SPD: Da fehlt nur noch die Kapitänsmütze!)

Dafür danke ich Ihnen, lieber Herr Minister Stamp, stellvertretend für die regierungstragenden Fraktionen und ganz besonders im Namen der Familien und Kinder in Nordrhein-Westfalen sehr herzlich.

Während Sie, liebe Sozialdemokraten, erst in aller Seelenruhe auf eine Steilvorlage warteten, überzeugten wir längst mit Eigeninitiative und konkretem Handeln. Gerne bringe ich Ihnen unsere schwarzen Meilensteine noch einmal in Erinnerung. Für eine starke Kitalandschaft haben CDU und FDP mit der Regierungsübernahme drei Sofortmaßnahmen ergriffen und das System der Kindertagesbetreuung stabilisiert:

Erstens geht es dabei um das Kita-Träger-Rettungsprogramm. Mit diesem haben wir zur Stabilisierung der Einrichtung für die Kindergartenjahre 2017 und 2018 eine halbe Milliarde Euro als Soforthilfe eingesetzt.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der

Abgeordnete Jörg möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie die zulassen. – Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

**Wolfgang Jörg**<sup>\*)</sup> (SPD): Frau Präsidentin! Lieber Jens Kamieth, herzlichen Dank dafür, dass ich die Zwischenfrage stellen darf. In den sieben Jahren unserer Landesregierung haben wir die Übermittagsbetreuung ausgebaut. Wir haben die U3-Betreuungsquote deutlich verbessert. Auf diesem Gebiet konnten wir bundesweit beim Kind-Fachkraft-Schlüssel wieder mithalten.

Außerdem haben wir die Ausbauziele im U3-Bereich trotz der schlechtesten Voraussetzungen, die wir 2010 vorgefunden haben, erreicht. Wir haben die Sprachförderung deutlich verbessert; wir haben Delphin 4 unter dem Jubel der Mitarbeiter aus den Kitas abgeschafft. Wir haben den Bildungsbegriff definiert.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Josef, bleib ganz ruhig! – Wir haben 2016 immerhin 700 Millionen Euro mehr in das System gebracht.

(Zuruf von der CDU: Unverschämtheit! – Gegenrufe von der SPD)

– Es ist eine Unverschämtheit, wenn man all diese Punkte ignoriert und sagt, wir hätten nichts gemacht. Das ist die Unverschämtheit!

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Weitere Zurufe – Unruhe)

Wissen Sie, Sie können ...

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Jörg, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir befinden uns hier nicht in einer Zwiesprache über das Plenum hinweg, sondern das Wort hat der Redner der CDU-Fraktion, Herr Kollege Kamieth. Er hat eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Jörg zugelassen. Deswegen darf ich den Kollegen Jörg, der ja mit der Geschäftsordnung des nordrhein-westfälischen Landtags schon vertraut ist,

(Wolfgang Jörg [SPD]: Wohl wahr! – Zuruf von der CDU: Aber nicht ausreichend!)

bitten, die entsprechende Passage der Geschäftsordnung nachzulesen und seine Zwischenfrage zu stellen. Bitte sehr.

**Wolfgang Jörg**<sup>\*)</sup> (SPD): Das habe ich versucht. Die Aufzählung war Teil meiner Frage. Meine Frage, lieber Jens Kamieth:

(Zuruf von der CDU)

Nennen Sie mir nur drei Punkte Ihrer jetzigen Reform, die zu einer qualitativen Verbesserung der Situation in den Kitas führen werden. Nur drei, dann wären wir schon zufrieden.

(Zuruf von der CDU: Das war keine Frage!)

– Oder: Welche drei Punkte ...?

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Jetzt hat der Abgeordnete Kamieth das Wort zur Beantwortung der Zwischenfrage. Ich weise den Fragesteller darauf hin, dass es ein anderes Instrument in unserer Geschäftsordnung gibt, das möglicherweise ebenfalls den Interessen gerecht werden könnte. – Herr Kollege Kamieth.

**Jens Kamieth** (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Lieber Wolfgang Jörg, ich will einmal ein bisschen in Bezug auf das Fragestellen helfen. Sie haben gerade freundlicherweise noch einmal gezeigt, welches Stückwerk SPD und Grüne auf den Weg gebracht haben. Jetzt stelle ich die Frage: Hat das irgendwem geholfen?

(Beifall von der CDU – Wolfgang Jörg [SPD]: Ja!)

Wir waren beim Stärkungspakt stehengeblieben, den wir geschlossen haben.

(Michael Hübner [SPD]: Keine Antwort!)

– Hören Sie weiter zu! Jetzt kommen noch mehrere Punkte, die ebenfalls Qualität betreffen.

Ich komme zweitens zu den 450 Millionen Euro, die wir auf dem Weg zu einem neuen KiBiz zur Überbrückung in die Hand genommen haben.

Drittens haben wir in den Kindergartenplatzausbau investiert. 94 Millionen Euro gingen sofort in den Haushalt hinein. Dazu kamen noch einmal Haushaltsreste aus nicht abgerufenen Mitteln.

Meine Damen und Herren, das ist konkretes Handeln, auf das die Menschen bauen können, und auf das sie unter Rot-Grün so lange und verzweifelt gewartet haben.

Mit dem Pakt für Kinder und Familien haben wir dann in Partnerschaft mit den Kommunen die Finanzierungsbasis für ein neues KiBiz gelegt. Das ist ein weiterer großartiger Erfolg von Familienminister Dr. Stamp und der NRW-Koalition. Denn schon an dieser Hürde – nämlich Land und Kommunen partnerschaftlich zusammenzubringen – waren Sie, liebe SPD, in der Vergangenheit hängengeblieben.

Nun aber erfolgt in diesem Monat – inhaltlich wie zeitlich völlig folgerichtig – die Verabschiedung des Referentenentwurfes für ein neues Kinderbildungs-gesetz durch das Kabinett. Während Sie auf Steilvorla-

gen aus Berlin warten und zum Jagen getragen werden müssen, überzeugen wir mit konkretem Handeln.

(Beifall von der CDU)

Das bringt mich zum zweiten Punkt. Sozialdemokraten haben zwei linke Hände, wenn es um die Familienpolitik geht.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Quatsch!)

Meine Damen und Herren, Hand aufs Herz: Mir scheint, dass das Hauptziel sozialdemokratischer Familienpolitik, seitdem sich Schwarz-Gelb auf den Weg gemacht hat, darin besteht, die Erfolge der Landesregierung möglichst kleinzureden, um so von der eigenen Untätigkeit und letztlich der eigenen Ideenlosigkeit abzulenken.

Sie wollen ein Beispiel für die zwei linken Hände? – Gerne. Lassen Sie uns über Frau Schwesig sprechen. Sie geben mir sicherlich recht, dass Ihre ehemalige Bundesfamilienministerin und heutige Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig ein Garant für qualitative und beste Kinderbetreuung sein sollte, oder? – Sie sind offensichtlich nicht sehr überzeugt vom eigenen Personal.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Wir sind einfach geblendet! Sie machen uns einfach sprachlos! – Zurufe von der SPD)

Weit gefehlt! Anstatt Qualität vor Beitragsfreiheit zu stellen, macht sie es genau andersherum. Sie steckt alle Mittel des Gute-KiTa-Gesetzes lieber in die Beitragsfreiheit, obwohl Mecklenburg-Vorpommern die deutschlandweit schlechteste Fachkraft-Kind-Relation aufweist.

Hier in Nordrhein-Westfalen blasen Sie in das gleiche Horn. Das haben wir gerade wieder gehört. Sie fordern die vollständige Beitragsfreiheit. Da frage ich mich: Ist das die Vorstellung der Sozialdemokratie von einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung? Für mich jedenfalls ist das ein eindeutiger Beleg dafür, dass Sozialdemokraten zwei linke Hände haben, wenn es um Familienpolitik geht.

(Jochen Ott [SPD]: Was hat das mit linken Händen zu tun? Thema verfehlt! Sechs!)

Damit kommen wir zu meinem dritten Punkt: Die Sozialdemokraten können nicht mit Geld umgehen.

(Jochen Ott [SPD]: Oh! – Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Mit Verlaub: Wie Sie in Ihrem Antrag 1,3 Milliarden Euro jährlich zusätzlich für unsere Familien und für unsere Kinder kleinrechnen, lässt nicht nur mich, sondern auch die Menschen in unserem Land einfach nur noch den Kopf schütteln. Wenn Sie allen Ernstes so über 1,3 Milliarden Euro sprechen, dann bleibt nur festzuhalten, dass Ihnen jegliches Gespür für Geld abgeht.

Für eine langfristig auskömmliche Finanzierung ist eine dauerhafte Bereitstellung von Mitteln erforderlich. Land und Kommunen haben sich schon jetzt langfristig dazu bekannt. Land und Kommunen stellen verlässlich den Löwenanteil der Finanzmittel zur Verfügung. Rechnen Sie es bitte noch einmal nach!

In diesem Zusammenhang gilt ein ausdrückliches Dankeschön auch unserem Finanzminister Lutz Lienenkämper. Lieber Lutz, du vollbringst ein Kunststück damit, in dieser Zeit für Familien und Kinder so viel Geld zu investieren und gleichzeitig neue Schulden zu tilgen.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Beides gehört im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik zusammen, und dafür danke ich vielmals.

Sie, liebe Kollegen von der SPD, feiern sich hier gerne für die Mittel des Bundes ab. Wichtiger wäre es, Ihre Genossin Giffey dazu zu bringen, dem Vorbild des Landes und der Kommunen hier bei uns zu folgen und

(Marlies Stotz [SPD]: Steht doch im Antrag!)

eine Entfristung der Mittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz vorzusehen.

(Marlies Stotz [SPD]: Sie haben noch nicht mal den Antrag zu Ende gelesen!)

Denn gut ist ein Gesetz doch nur dann, wenn es auf einem stabilen, verlässlichen Fundament gebaut ist.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Dann müssten Sie Ihr KiBiz aber zurückziehen!)

Mit „stabil“ und „verlässlich“ meine ich eine langfristig auskömmliche Finanzierung. Mit Verlaub – davon kann bei dem Giffey-Gesetz beim besten Willen keine Rede sein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss meiner Ausführungen kommen. Mit dem neuen Kinderbildungsgesetz garantieren wir erstens eine bessere finanzielle Planungssicherheit für die Träger, zweitens bessere Arbeitsbedingungen für pädagogische Fachkräfte, drittens eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern und viertens eine qualitativ hochwertige Bildung, Erziehung und Betreuung für unsere Kinder. Wir sind überzeugt: Unsere Bilanz nach gerade einmal zwei Jahren schwarz-gelber Familienpolitik kann sich mehr als sehen lassen.

(Beifall von der CDU)

Mit dem Referentenentwurf für das neue Gesetz legen wir schon jetzt ein sehr überzeugendes Gesamtpaket vor. Dieses umfasst zusätzlich jährlich rund 1,3 Milliarden Euro für das System der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen, davon rund 1 Milliarde Euro für Qualität,



(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

zusätzliche Mittel für Flexibilität, zusätzliche Mittel für eine Kitaplatz-Ausbaugarantie sowie Beitragsfreiheit für ein weiteres Kindergartenjahr zur Entlastung unserer Familien. Dies alles werden wir mit dem neuen Kinderbildungsgesetz mit den Stimmen der NRW-Koalition beschließen. Ihren Antrag lehnen wir ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kamieth. Sie haben es an der Signallampe gesehen: Herr Abgeordneter Dr. Maelzer hat für die SPD-Fraktion eine Kurzintervention angemeldet. Er hat jetzt 90 Sekunden das Wort für seine Kurzintervention. Bitte sehr, Herr Kollege.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Herr Kollege Kamieth, Ihre Rede hat zu Heiterkeit und Kopfschütteln beigetragen, aber nicht gerade zur Erhellung.

Zwei Punkte stoßen mir besonders auf. Ihre Philippika gegen die Beitragsfreiheit und insbesondere der Blick nach Mecklenburg-Vorpommern zeigen nur eines: Sie haben kein Gespür für die Menschen, und Sie haben vor allen Dingen überhaupt kein Gespür dafür, was Bildungsgerechtigkeit in diesem Land bedeutet.

(Beifall von der SPD)

Mecklenburg-Vorpommern ist eines der Länder, in dem die Menschen leider ein verdammt geringes Einkommen haben. Wenn sie fast jeden vierten Euro ihres Einkommens für die Kitagebühren ausgeben müssen, dann ist es richtig, da anzusetzen und die Menschen von diesen unsozialen Gebühren zu entlasten.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ja, dazu hat das Gute-KiTa-Gesetz von Frau Franziska Giffey geführt, und es war SPD-Politik auf Bundesebene, die das erreicht hat.

Ihre Ausführungen zum Gute-KiTa-Gesetz sind an Scheinheiligkeit und Doppelmoral nicht zu übertreffen.

(Beifall von der SPD)

Es ist die CDU, die auf Bundesebene auf der Bremse steht. Es sind das Bundeskanzleramt und Ihre Partei, die verhindern, dass es zu einer Dauerfinanzierung kommt.

(Beifall von der SPD)

Sie müssen Ihre Bundeskanzlerin und Ihren Ministerpräsidenten einmal zum Jagen tragen. An Franziska

Giffey und der SPD-Fraktion scheitert es mit Sicherheit nicht.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Kamieth, Sie haben nun 90 Sekunden Zeit, zu erwidern. Bitte sehr.

**Jens Kamieth (CDU):** Schönen Dank, Herr Kollege Dr. Maelzer, dass Sie mir noch einmal die Gelegenheit geben, für die CDU klarzustellen, wie wir Beitragsfreiheit im Verhältnis zu Qualität bewerten. Wir sagen: Das Wichtigste, um unseren Kindern einen guten Start ins Leben zu bieten, ist die Qualität.

(Beifall von der CDU)

Es ist auch falsch, wenn Sie behaupten, ich sei gegen die Beitragsfreiheit. Wir haben auch die Beitragsfreiheit im Koalitionsvertrag stehen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Uns ist es jedoch wichtig, zunächst in Sachen Qualität einen großen Schritt zu machen, wie wir es jetzt mit dem neuen KiBiz tun. Wir möchten eine nachhaltige Finanzierung. Wir haben im KiBiz endlich eine verlässliche Dynamisierungsklausel, die nicht so starr ist – jetzt hätte ich fast etwas Schlimmes gesagt – wie in Ihrer Vereinbarung. Erst waren es 1,5 %, später waren es 3 %.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das haben Sie vereinbart!)

Wir haben eine Dynamisierungsklausel, die sich tatsächlich an den Personal- und an den Sachkosten orientiert. Wenn das alles geregelt ist, dann kann man auch über Beitragsfreiheit reden. So, in dieser Reihenfolge, entsprechend unseres Koalitionsvertrags haben wir das abgearbeitet. Sie können das gerne dort nachlesen.

Wir haben Bundesmittel zur Verfügung gehabt. Wir haben qualitativ den entscheidenden Schritt nach vorne gemacht. Deswegen können wir jetzt noch ein bisschen in Beitragsfreiheit investieren.

Das Gute-KiTa-Gesetz ist in meinen Augen das klassische vergiftete Geschenk. Es ist Ihre Ministerin, die das verantwortet. Im Land haben sich Schwarz und Gelb im Sinne der Kinder geeinigt. Das ist ein Vorbild für Ihre Bundesministerin. Schade, dass sie sich nicht entsprechend verhält. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun hat als nächster Redner für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Hafke das Wort. – Bitte schön, Herr Hafke.